



SPORT / BOXEN

Aus der Not die Tugend?

Tony Bellew wünscht sich

David Haye

(SB) - Der britische Schwergewichtler Dillian Whyte würde gern mit seinem Landsmann David Haye in den Ring steigen. Wie der 28jährige meint, sei sein sieben Jahre älterer potentieller Kontrahent infolge des Muskelaufbaus erheblich langsamer geworden und nicht mehr derselbe Boxer wie auf dem Höhepunkt seiner Karriere, der nun schon geraume Zeit zurückliegt. Der frühere WBA-Weltmeister, für den 28 Siege und zwei Niederlagen zu Buche stehen, hat zwischen 2012 und 2016 fast vier Jahre lang aus verschiedenen Gründen pausiert. Seit seinem Comeback hat er mit Mark de Mori und Arnold Gjergjaj zwei krasse Außenseiter binnen weniger Runden demontiert. Im Herbst trifft Haye aller Voraussicht nach auf den 44jährigen Shannon Briggs, der von ganz anderem Format ist. Sollte sich der Brite dennoch durchsetzen, könnte der neue WBC-Champion im Cruisergewicht, Tony Bellew, einer seiner nächsten Gegner sein. Grundsätzlich legt er es offenbar darauf an ... (Seite 7)

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...

Kommentare ...

Interviews ... Reportagen ...

Textbeiträge ... Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Armenien-Resolution zur deutschen Mitschuld

Aufarbeitung der Geschichte im Schneckenang

Bundesregierung glänzt durch Abwesenheit

(SB) - Lange hat es gedauert, bis der Forderung nach einer Einstufung der Massaker an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich in den Jahren 1915/16 als Völkermord auch im Bundestag im Rahmen einer offiziellen Resolution entsprochen wurde. Die Widerstände dagegen waren stets groß, und das gilt auch für Abgeordnete, die der Armenien-Resolution heute zugestimmt haben. Die Aufarbeitung der Geschichte mörderischer Eskalationen ist immer eine Angelegenheit der Gegenwart, und nicht nur in früheren Jahren sprachen macht- und bündnispolitische Ziele häufig gegen einen solchen Schritt, wie die Abwesenheit der führenden Mitglieder der Bundesregierung und Regierungskoalition bei der Abstimmung zeigt. Darin wird die Singularität der Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime ebenso bestätigt wie eine Mitschuld des deutschen Reiches eingestanden:

"Der Bundestag bedauert die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches, das als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reichs trotz eindeutiger Informationen auch von Seiten deutscher Diplomaten und Missionare über die organisierte Vertreibung und Vernichtung der Armenier nicht versucht hat, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen." [1]

Diese Mitschuld des Kaiserreiches und Weltkriegsakteurs erinnert daran, daß man, wenn die Staatsräson es gebietet, die Bedingungen und Folgen eigener Interessenpolitik auch heute in Berlin gerne ignoriert. Die Unterdrückung der zivilen Opposition in der Türkei und die Kriegführung Ankaras gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten des Landes haben zum Beispiel nichts daran geändert, daß die Türkei als sicherer Drittstaat eingestuft wird und Partner im Rahmen eines Flüchtlingsabkommens ist, mit dem die zivilen Opfer eines weiteren Brandherdes in der Region von Europa ferngehalten werden soll. Auch von daher lohnt es sich, einen Blick auf die in der Armenien-Resolution angedeutete Historie deutscher Beteiligung am Genozid zu werfen. Schließlich gründete die Mitschuld an der Ermordung von bis zu 1,5 Millionen Armeniern in den strategischen Interessen einer Allianz, die schon vor der Reichsgründung 1871 ausgebaut wurde.

Als sich 1835 ein junger preußischer Hauptmann namens Helmuth Graf von Moltke zu einer Studienreise nach Istanbul aufmachte, tat er dies nicht aus bloßem touristischen Interesse, sondern im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Armee des Osmanischen Reichs. Er wurde so gleich vom Kriegsminister und Oberkommandierenden des türki-

schen Heeres empfangen, einem begeisterten Verehrer preußischer Militärintstitutionen, und Sultan Mahmud II. als geeigneter Kandidat für die Ausbildung der türkischen Streitkräfte anempfahlen. Dieser verständigte sich mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm III., der von Moltke schließlich zur Instruktion und Organisation der türkischen Truppen abkommandierte. Moltke blieb vier Jahre lang in türkischen Diensten, bevor er eine glänzende Karriere bis zum preußischen Generalfeldmarschall absolvierte, als der er maßgeblich für den Sieg des Jahres 1871 über Frankreich verantwortlich war.

Auf diesen ersten deutschen Militärberater in der Türkei folgten viele andere, die den Grundstein zu einer Allianz legten, auf die die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland heute noch aufbauen, haben beide Länder seither doch niemals auf verschiedenen Seiten einer Front gestanden. Neben der Eröffnung von Militärschulen wurde die Armee des Osmanischen Reichs von grundauf neu strukturiert. Zum ersten Mal wurden logistische Abteilungen von den Gefechtsfeldtruppen getrennt, und die dezentrale Aufteilung in verschiedene Regionalstreitkräfte machte es dem osmanischen Heer möglich, an mehreren Fronten zugleich zu kämpfen. Des weiteren stärkten die Einführung einer geregelten Wehrpflicht und einer Reservarmee nach preußischem Vorbild die Schlagkraft der osmanischen Streitkräfte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich.

Ansonsten jedoch garte es im Osmanischen Reich gewaltig, und der Zustand des morbiden Gebälks, auf dem ein reaktionäres Sultanat thronte, entging auch von Moltke nicht. Im April 1836 ließ er sich in einem Brief ausführlich über den desolaten Zustand des Reiches aus und warnte davor, daß sein Zusammenbruch ganz Europa bedrohen könnte. Die von Moltke diagnostizierte Schwä-

che der Osmanen führte zum Erstarren diverser oppositioneller Gruppen, die sich schließlich im Komitee für Einheit und Fortschritt zusammenschlossen. In diesem politisch sehr gemischten Gremium, in dem nationalistische Militärs und westlich orientierte Intellektuelle für eine Beschränkung des Sultanats auf das Niveau einer konstitutionellen Monarchie mit unabhängigem Parlament und starker Regierung eintraten, setzten die nationalistischen Jungtürken ihre Interessen schließlich am effizientesten durch.

Auf die Unabhängigkeit Bulgariens, die Annexion Bosnien-Herzegovinas durch Österreich und Kretas durch Griechenland, den Verlust letzter afrikanischer Territorien und schließlich der Niederlagen in den Balkankriegen von 1912 und 1913 reagierten die Jungtürken mit einem aggressiven Nationalismus, der sich besonders für die Armenier verheerend auswirken sollte. Das heutige Armenien bildet in etwa denjenigen Teil des Landes, den Rußland 1827 eroberte und in das Zarenreich integrierte, während viele Armenier im Osmanischen Reich verblieben und dort als in vielerlei Hinsicht unterdrückte Minderheit die Gleichstellung mit der muslimischen Mehrheit sowie Autonomierechte verlangten.

Dabei wurden sie von den europäischen Großmächten unterstützt, die dem Osmanischen Reich im Berliner Vertrag von 1878 unter anderem weitreichende Reformen in Armenien abverlangten. Das Interesse der Kolonialmächte an einer Zerstückelung des "kranken Mannes am Bosphorus", über dessen Staatshaushalt man aufgrund seiner hochgradigen Verschuldung bei westlichen Banken bereits weitreichende Kontrolle erlangt hatte, war unübersehbar, so daß die Anschläge armenischer Untergrundorganisationen, die die ihnen versprochenen Rechte einforderten, vom osmanischen Heer um so blutiger niedergeschlagen wurden. Da die Armenier als potentielle Separatisten

expansiven Ländern wie Rußland Interventionsvorwände boten, können die ersten großangelegten Vernichtungsfeldzüge der Jahre 1894 bis 1896, bei denen zwischen 50.000 und 300.000 Armenier umkamen, auch als Ergebnis der durch die europäischen Mächte herausgeforderten osmanischen Hegemonie verstanden werden.

Kaiser Wilhelm II., der 1889 Istanbul besucht hatte, hielt auch nach den ersten großen Massakern an den Armeniern standhaft als einziger europäischer Herrscher zum osmanischen Sultan Abdul Hamid, wie ein 1896 verfaßtes Schriftstück aus dem Berliner Außenministerium belegt, in dem er "die Blutbäder in Armenien, so bedauerlich sie auch sein mögen, das kleinere Übel" nannte. Die deutschen Interessen in der Region waren klar umrissen und richteten sich gegen die von Großbritannien beanspruchte Vormachtstellung. Mit seinen guten Kontakten zur Hohen Pforte sicherte sich der Kaiser eine Ausgangsposition für weitere Exkursionen, die sich in seiner erobrerungslustigen Fantasie bis hinunter zum indischen Subkontinent erstreckten. Generalfeldmarschall von der Goltz, Kopf der preußischen Militärmission, träumte von einer Expedition entlang der Route der Bagdad-Bahn, deren militärische Last allerdings türkische Truppen tragen sollten.

Schon im Jahre 1897 hatte von der Goltz der osmanischen Führung seine strategischen Visionen dargelegt, die sich durchaus mit den Ambitionen des Sultans gedeckt haben dürften. Er träumte von Landgewinn "in Transkaukasien, wo Rußland militärisch schwach ist und wo die völkischen und militärischen Bande mit der örtlichen muslimischen Bevölkerung auf der Hand liegen. Innertürkische Differenzen wirkten sich auf die preußische Militärmission nicht aus, man hatte eine feste Funktion als Schwertarm des jeweiligen Machthabers inne. Die Machtüber-

nahme durch das Komitee für Einheit und Fortschritt 1908 verschlechterte die Lage der nationalen Minderheiten erheblich, verfolgten die in dem Komitee tonangebenden Jungtürken doch eine Politik, die in der Türkifizierung aller Bürger des Reichs das geeignete Bindemittel für dessen Erhalt erachtete. Unter ihrer bis 1917 andauernden Herrschaft war die deutsch-türkische Militärkooperation, die wesentlich dafür verantwortlich war, daß die Türken an der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg eintraten, am intensivsten.

Lange vor dem deutsch-türkischen Militärabkommen vom August 1914 unterstanden drei der fünf osmanischen Armeen unmittelbar dem Kommando deutscher Generäle. Der führende Jungtürke, Kriegsminister Enver Pascha, hatte sich und seine Streitkräfte ohnehin Kaiser Wilhelm II. unterstellt, so daß das Abkommen lediglich den offiziellen Vollzug einer bereits erfolgten Entwicklung betraf. Die enge Verbindung zu den Jungtürken nutzte die Berliner Regierung zur Verfolgung ihrer strategischen Ziele, für die etwa die Turkvölker Rußlands im Sinne der großtürkischen Ideologie agitiert wurden, um dem russischen Gegner an einer zweiten Front zuzusetzen. Des weiteren ging es schon damals um das Erdöl von Baku und Mossul, das türkische Truppen den britischen Kolonialherren für Deutschland abnehmen sollten.

Die Armenier kämpften im Ersten Weltkrieg teilweise auf der Seite des Osmanischen Reiches, zum Teil aber auch auf der Rußlands. Da sie in großer Mehrheit für die Neutralität des Reiches eingetreten waren, hatte sich doch der russische Zar aktiv für die Stärkung ihrer Rechte eingesetzt, galten sie als unsichere Kantonisten. Als die türkische Regierung im April 1915 begann, die vermeintliche fünfte Kolonne Rußlands durch systematische Verhaftungen und Hinrichtungen ihrer politischen Führer zu

drangsalieren, leisteten die Armenier Widerstand. Bei der Belagerung der mehrheitlich von Armeniern bewohnten ostanatolischen Stadt Van durch die türkischen Truppen wurden sie militärisch von Rußland unterstützt. Da die Türkei an den Daranellen unter erheblichem Druck eines britischen Expeditionsheeres stand, galten die Armenier als Verräter an den Verteidigern der Türkei. Ein Regierungsbeschuß vom Mai 1915 ordnete die zu diesem Zeitpunkt bereits begonnene Vertreibung aller Armenier aus ihren Wohngebieten bei Konfiskation ihres Eigentums an.

Daraufhin wurde ein Großteil der zwei Millionen Menschen umfassenden armenischen Bevölkerung in einer 18 Monate währenden Aktion nach Syrien oder in die mesopotamische Wüste deportiert. Das vorgedachte Ziel der Neuansiedlung war nicht ernstgemeint, denn schon während des Marsches wurden viele Vertriebene Opfer physischer Entbehrungen und gewalttätiger Übergriffe. Sie verdursteten, verhungerten, starben an Seuchen oder wurden, insbesondere wenn es sich um Männer im waffenfähigen Alter handelte, ermordet. Daran beteiligten sich nicht nur das türkische Militär und die Polizei, sondern auch die Bevölkerung am Wegesrand. Jegliche humanitäre Hilfe des Auslands wurde zurückgewiesen, und wer sich in den eigenen Reihen für die Armenier einsetzte, wurde schwer bestraft und mitunter ebenfalls ermordet. Bis zu 1,5 Millionen Menschen kamen bei den Märschen und Massakern ums Leben, das osmanische Innenministerium selbst gab 1919 die Zahl von 800.000 ermordeten Armeniern an.

Mit Ausbruch des Krieges standen 800 deutsche Offiziere und 12.000 deutsche Soldaten in der Türkei. Die als Militärberater zu den türkischen Truppen abgestellten Offiziere waren über alle Operationen ihrer Bündnispartner informiert. Der deut-

sche Oberbefehlshaber der I. und VI. Osmanischen Armee, Generalfeldmarschall Colmar von der Goltz, hatte bereits von 1883 bis 1896 das türkische Heer nach preußischem Vorbild reorganisiert und fungierte als Berater von Kriegsminister Enver Pascha, den er selbst ausgebildet hatte. Goltz sprach sich kurz vor Beginn der Todesmärsche für die Deportation einer halben Million Armenier, die in der Nähe der russischen Grenze lebten, in die Regionen Aleppo und Mesopotamien aus.

Während deutsche Offiziere der osmanischen Generalität mit solchen Anweisungen einen Vorwand für die Vernichtung der Armenier gaben, unterdrückte die Regierung in Berlin jegliche Kritik am Vorgehen ihrer Alliierten und verordnete ihren Diplomaten einen Maulkorb. Der armenische Historiker Vahakn N. Dadrian hat in seinem Standardwerk "The History of the Armenian Genocide" belegt, in welchem Ausmaß deutsche Generäle sowie die Reichsregierung in Berlin in den Genozid verwickelt waren. Auf der Grundlage der im Auswärtigen Amt archivierten Berichte im Osmanischen Reich tätiger deutscher Diplomaten und Offiziere gelangte er im Deutschlandfunk am 22. September 1997 zu dem Schluß:

"Die Deportationen fanden nicht in einem politischen oder militärischen Vakuum statt, und Deutschland war kein neutraler Staat. Deutschland war nicht nur der politisch-militärische Partner der Türkei, sondern vor allem der dominante Partner. Die Vernichtung der armenischen Bevölkerung war die Folge der gemeinsamer deutsch-türkischer Überlegungen und Entscheidungen."

Unterstützt wird diese These von dem Journalisten Wolfgang Gust, der in seinem Werk "Der Völkermord an den Armeniern 1915/16" zahlreiche Dokumente aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes ausgewertet hat, die in jedem Fall die Duldung des

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen***Dominikanische Republik Vor ungelösten Problemen:
Präsident Danilo Medina wiedergewählt**

Genozids durch das Kaiserreich belegen und zumindest in einigen Fällen nahelegen, daß die Befehlsgewalt deutscher Offiziere auch bei konkreten Vernichtungsaktionen gegen die Armenier zur Geltung gelangte.

Das Bündnis mit dem Osmanischen Reich war von elementarer Bedeutung für die Kriegsführung des Deutschen Reichs. Es hielt den Mittelmächten den Rücken frei, indem die Dardanellen für Nachschub nach Rußland unpassierbar gemacht wurden. Generalfeldmarschall von der Goltz führte einen erfolgreichen Feldzug in Mesopotamien gegen die Briten, was ihm den Titel eines Pascha einbrachte. Das ehrgeizige Projekt der Bagdad-Bahn, von der sich Kaiser Wilhelm II. die Expansion des deutschen Einflusses bis nach Indien erhoffte, wurde mithilfe Zehntausender armenischer Zwangsarbeiter realisiert. Nachdem sie nicht mehr gebraucht wurden, wurden sie mit deutscher Einwilligung deportiert.

Wollte man verheerende Entwicklungen dieser Art künftig vermeiden, dann wäre heute, da sich die Bundesrepublik anschickt, als militärischer Akteur im Weltmaßstab zu reüssieren, weit mehr Aufmerksamkeit für die macht- und interessenpolitischen Folgen imperialistischer Politik erforderlich, als es im Fall der Armenien-Resolution des Bundestages zugelassen wurde.

Anmerkung:

[1] <http://www.tagesspiegel.de/politik/armenien-resolution-im-wort-laut-der-bundestag-verneigt-sich-vor-den-opfern-der-massaker/13677568.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/hist-330.html>

(Lima, 25. Mai 2016, *noticias alias-poonal*) - "Das Volk hat gesprochen. Was sich hier ereignet hat, ist ein Sieg des Volkes", so der Präsident Danilo Medina nach Bekanntgabe der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 15. Mai, bei denen er laut offiziellen Zahlen der Zentralen Wahlkommission (Junta Central Electoral) mehr als 60 Prozent der Stimmen erreichte.

**Mehrheit im Kongress,
Niederlage in der Hauptstadt**

Medina, der für die Dominikanische Befreiungspartei PLD (Partido de la Liberación Dominicana) kandidierte, behauptete sich gegenüber dem Unternehmer Luis Abinader, der für die Moderne Revolutionspartei PRM (Partido Revolucionario Moderno) antrat, und 35 Prozent der Stimmen erreicht hatte. Die übrigen sechs Kandidat*Innen, unter denen sich zwei Frauen befanden, kamen demnach gemeinsam auf nicht mehr als 3 Prozent aller Stimmen.

"Ab heute werden wir erneut für alle Dominikaner und Dominikanerinnen arbeiten, ohne dass dabei die politische Gesinnung eine Rolle spielt", so der wiedergewählte Präsident.

Neben dem Präsidenten und Vizepräsidenten wählten die mehr als 6,7 Millionen Wähler*Innen auch 32 Senator*Innen und 190 Abgeordnete, sowie 20 Abgeordnete für das Zentralamerikanische Parlament (Parlamento Centroamericano), 158 Bürgermeister*Innen und 234 Amtsträger*Innen in den Gemeinden.

Laut Hochrechnungen von Mitte Mai errang die PLD über 24 Senator*Innen und 112 Abgeordnete und somit eine Mehrheit, die es ihr erlaubt ohne große Schwierigkeiten zu regieren. Auch wenn die Regierungspartei in den meisten Gemeinden gewann, verlor sie in der Hauptstadt Santo Domingo, die in die Hände der PRM fiel und wo somit 14 Jahre Regierungszeit durch die PLD beendet wurden.

Wiederwahl: Gegenstand vielfacher Verfassungsänderungen

Danilo Medina wird am 16. August für ein neues Mandat von vier Jahren vereidigt werden. Allerdings wird er danach nicht erneut für das Präsidentschaftsamt und auch nicht als Vizepräsident kandidieren können. Die Nationalversammlung hatte im Juni 2015 die Verfassung geändert und die Wiederwahl des Präsidenten auf eine einzige Amtsperiode begrenzt.

Seit ihrer Erlassung im Jahr 1844 wurde die Verfassung 39 Mal geändert, besonders in Bezug auf die Wiederwahl des Präsidenten. Nach einem Wahlbetrug im Jahr 1994, der erneut die Präsidentschaft von Joaquín Balaguer ermöglichte, (1960-62, 1966-70, 1970-74, 1974-78, 1986-90, 1990-94 und 1994-96), wurde das Verbot der konsekutiven Wiederwahl eingeführt. Um Präsident*in werden zu können, mussten ab diesem Zeitpunkt außerdem mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen erreicht werden. Acht Jahre später veranlasste der damalige Präsident

Hipólito Mejía (2002-2004) von der PRD eine Verfassungsänderung, um die konsekutive Wiederwahl erneut einzuführen. Im Jahr 2004 trat Mejía dann selbst erneut als Präsidentschaftskandidat an, scheiterte jedoch an Leonel Fernández (1996-2000, 2004-2008 und 2008-2012) von der PLD.

Im Jahr 2010 legte eine neue Verfassungsreform fest, dass "der Präsident der Republik, der alle vier Jahre durch Direktwahlen gewählt wird, für die folgende Amtszeit nicht wiedergewählt werden darf".

Die jüngste Änderung bestimmt nun, dass "der Präsident oder die Präsidentin der Republik eine zweite, auf die erste folgende, Amtsperiode antreten kann, somit aber zu keinem weiteren Zeitpunkt mehr für das gleiche Amt oder die Vizepräsidentschaft der Republik kandidieren darf".

Ungelöste Probleme: Armut und haitianische Einwanderung

Eine der größten Herausforderungen, denen sich Medina stellen muss, ist die Reduzierung der Armut, von der laut der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) 35,5 Prozent der Bevölkerung betroffen sind, obwohl die Dominikanische Republik eine der am stärksten wachsenden Wirtschaften der Region ist.

"In den zwei vergangenen Jahrzehnten wurde die Dominikanische Republik zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaften des amerikanischen Kontinents, mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,4 Prozent zwischen 1992 und 2014", so die Weltbank. "Auch 2014 und 2015 war die Dominikanische Republik die am schnellsten wachsende Wirtschaft in Lateinamerika mit einem BIP von sieben Prozent.

Das jüngste Wirtschaftswachstum wurde durch den Bausektor, die Fertigungsindustrie und den Tourismus bewirkt".

Expert*Innen wie Pedro Silverio zu Folge, "zeigten die Anstrengungen zur Senkung der Armut am wenigsten Wirkung". Das Wirtschaftsmodell habe keine Grundlagen für das Entstehen regulärer Beschäftigung geschaffen, die es der Bevölkerung ermöglichen würde, einen Weg aus der Armut zu finden. Auf der Grundlage von Daten der dominikanischen Zentralbank schätzt der Wirtschaftsexperte Miguel Ceara-Hatton die Arbeitslosenquote auf derzeit etwa 14 Prozent.

Die Migration aus Haiti ist ein weiteres Thema, für das Medina eine Lösung finden muss. Im Jahr 2013 entschied das Verfassungsgericht, dass Kinder von Ausländer*innen mit irregulärem Status oder "im Transit" kein Recht auf die dominikanische Staatsbürgerschaft hätten, auch wenn diese in der Dominikanischen Republik geboren sind. Diese Regelung bezieht sich auf alle Personen, die seit 1929 geboren wurden.

Haitianische Einwander*Innen vielfach diskriminiert

Die Maßnahme des Verfassungsgerichts, die von lokalen und internationalen Organismen stark kritisiert wurde, betraf eine halbe Million Menschen mit haitianischer Herkunft, die Gefahr liefen, abgeschoben zu werden. Laut Ceara-Hatton stammten sieben Prozent der vier Millionen Arbeiter*Innen aus Haiti.

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte CIDH (Comisión Interamericana de Derechos Humanos) erklärte, der Rechtspruch des Verfassungsgerichts "betrifft auf unverhältnismäßige Weise Personen, die vor allem auf Grund körperlicher Merkmale, der nationa-

len Herkunft und/oder des Migrationsstatus der Eltern oder ihrer Armutslage, bereits vielfacher Diskriminierung ausgesetzt sind." Die Kommission bestätigte, dass "Armut unverhältnismäßig stark Personen haitianischer Abstammung betrifft. Diese Situation steht in einem direkten Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, auf die diese Personen beim Zugang zu Meldebehörden und Ausweispapieren treffen. Das Fehlen von Dokumenten oder Fälle, in denen diese zurückgehalten, zerstört oder zu Ermittlungszwecken eingezogen wurden, hat dazu geführt, dass die Betroffenen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, würdige Arbeit oder beim Abschluss von Verträgen oder Eheschließungen auf Hindernisse stoßen".

Die Regierung Medinas veranlasste daraufhin die Verabschiedung des Gesetzes 169-14, das seit Mai 2014 in Kraft ist und die Geburtsurkunden und Nachweise der Staatsangehörigkeit von Personen, die zwischen 1929 und 2007 auf dem Staatsgebiet der Dominikanischen Republik geboren sind, für gültig erklärt. Das Gesetz sieht ebenso die Schaffung eines Melderegisters für Personen vor, die im Land geboren, aber nicht registriert worden sind. Diese Maßnahmen erlauben es den Betroffenen, ihren rechtlichen Status zu regeln und die dominikanische Staatsangehörigkeit anzunehmen.

CIDH ruft zum Handeln auf

Die CIDH kritisierte, dass Personen, die auf dominikanischem Gebiet geboren wurden und denen die dominikanische Staatsbürgerschaft zusteht, wie "Ausländer" behandelt werden und sich, um die dominikanische Staatsangehörigkeit wiederzuerlangen, für die Einbürgerung entscheiden müssen.

"Zehntausende Personen und ihre Nachkommen haben noch immer

nicht die Staatsangehörigkeit zu rückerhalten und erhielten folglich auch keine wirkliche Wiedergutmachung für die willkürliche Aberkennung ihrer Nationalität und die Situation der Heimatlosigkeit, in der sie sich nach dem Urteil [von 2013, Anm. d. Ü.] befanden", schreibt die CIDH in einem Bericht, der am 31. Dezember 2015 veröffentlicht wurde.

Die CIDH legt nahe, "innerhalb einer sinnvollen Frist die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jegliche Regelungen verfassungsrechtlicher, gesetzlicher, ordnungs- oder verwaltungsrechtlicher Art sowie jegliche Anwendung, Entscheidung oder Interpretation für ungültig zu erklären, die darauf hinausläuft, dass der irreguläre Aufenthalt ausländischer Eltern dazu führt, dass eine Person, die auf dem Gebiet der Dominikanischen Republik geboren wurde, nicht die dominikanische Staatsangehörigkeit erhält".

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/vor-ungeloesten-problemen-praesident-danilo-medina-wiedergewaehlt/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188,
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1576.html>

UMWELT / INTERNATIONALES / KATASTROPHEN

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Brasilien

**Minenunglück: Nach einem halben Jahr kämpfen
Betroffene weiter um Entschädigung**

von Andreas Behn

(Rio de Janeiro, 01. Juni 2016, npl)
- Vor einem halben Jahr begrub eine gewaltige Schlammlawine in Brasilien mehrere Dörfer unter sich. Das Klärbecken einer Eisenmine im Bundesstaat Minas Gerais war gebrochen. 19 Menschen kamen bei dem Unglück ums Leben. Für die Betroffenen und die Umwelt ist es eine endlose Katastrophe. Bis heute ist der Fluss Rio Doce auf Hunderten Kilometern verseucht. Diejenigen, die ihre Dörfer verlassen mussten, hoffen auf angemessene Entschädigung. Und darauf, dass sie irgendwann wieder ein normales Leben führen können.

"Das ist alles, was von meinem Haus übrig geblieben ist"

Simaria Caetana Quintao steht am Rand eines staubigen Berghangs. Über einen Fluss hinweg blickt sie auf eine lehmige, rotbraune Schlammlandschaft. Darunter liegt ihr Dorf Bento Rodriguez begraben. "Schau, dort neben dem weißen Zelt, der orangene Mauerrest. Das ist alles, was von meinem Haus übrig geblieben ist. Auf dem Hof standen zwei Mangobäume", erinnert sich Simaria. "Und direkt daneben die Kirche, das war meine Nachbarin. Wir erkennen den Platz nur, weil die beiden Mangobäume noch stehen."

Jedes Wochenende kommt Simaria mit ihrer Familie und Freund*innen hierher. Sie stehen in der prallen Sonne und erzählen sich Anekdoten

aus ihrem früheren Leben. Dabei ist das verboten. Die Gegend wurde zum Sperrgebiet erklärt. "Ist das nicht absurd? Noch gehört uns dieses Haus dort drüben. Ich müsste doch das Recht haben, dort hinzugehen, wann es mir passt. Und sei es nur aus Sehnsucht. Es ist mein Haus, ich kam dort zur Welt, bin dort aufgewachsen, habe immer dort gewohnt."

Simaria trägt das Haar streng zurückgekämmt. Sie wirkt nicht verbittert, eher aufmüpfig. Auf ihrer Stirn sind Schweißperlen zu sehen. Abgesehen vom Baggerlärm ist es still, fast wie auf einem Friedhof, da weit und breit niemand mehr hier wohnt.

**Verseuchte Landschaften und
aus ihrem Leben gerissene
Bewohner*innen**

Der Minenbetreiber Samarco hat sich gleich nach dem Unglück um die Betroffenen aus dem Dorf gekümmert. Rund 700 Obdachlose wurden in die nächstgelegene Kleinstadt Mariana gebracht und in Mietwohnungen untergebracht. Das Unternehmen zahlt allen eine monatliche Finanzhilfe, da der Lebensunterhalt in der Stadt teuer ist. Simaria ist dankbar, aber es reicht ihr nicht: "Ich will meine Identität zurück haben. Wir haben viel Kleidung gespendet bekommen. Aber manchmal möchte ich in ein Geschäft gehen und mir ein Kleid kaufen, das mir gefällt. So war es früher."

Dem menschlichen Drama folgte eine ökologische Katastrophe. Millionen Kubikmeter giftigen Schlamm flossen in den Rio Doce und landeten schließlich im 300 Kilometer entfernten Atlantik. Der Fischfang, die wichtigste Einnahmequelle vieler Anrainer*innen, ist in zahlreichen Flussabschnitten verboten. Schwermetalle in hoher Konzentration belasten das lehmige Wasser: Blei, Kupfer, Kadmium. Einer Studie des Umweltinstituts Chico Mendes zufolge sind viele Fische verseucht, einige enthalten 140 Mal mehr Arsen im Blut als erlaubt. Simaria kennt die verzweifelte Lage flussabwärts: "Dort erleben die Menschen eine wirkliche Notsituation. Die Leute haben ihren Lebensunterhalt verloren. Auch die Hotels sind leer. Niemand fährt mehr dorthin, was soll man da auch machen? Auf einen Schlammfluss schauen?"

MAB: Samarco beging Menschenrechtsverletzung

Die Bewegung der von Stauwerken Betroffenen, MAB, unterstützt die Familien im Kampf um ihre Rechte. Für ihren Sprecher Thiago Alves handelt es sich nicht um einen Unfall, sondern um eine Menschenrechtsverletzung: "Unserer Meinung nach war es ein Verbrechen. Samarco ist bewusst das Risiko eingegangen, dass der Damm bricht." Das Unternehmen habe die Produktion von Eisenerz stark erhöht und damit auch die Menge des Klärschlamm im Staubecken. "Es war ein verantwortungsloses Vorgehen, das in ein Verbrechen mündete und 19 Menschen tötete", klagt Thiago an.

Simaria und ihre Freund*innen fahren weiter Richtung Paracatú. Das Dorf wurde rund eine Stunde nach Bento Rodriguez von der Schlamm-lawine überrollt. An beiden Uferseiten des Flusses ist an den rostfarbenen Markierungen der Bäume zu erkennen, dass der Schlamm hier meterhoch entlang walzte.

Jetzt sieht das Tal wie eine breite Lehmursche aus. Überall liegt noch Geröll herum. Airton Sales stammt aus Paracatú. Seine Eltern haben alles verloren und leben wie Simaria jetzt auch in der Kleinstadt Mariana. Der 33-Jährige schaut auf das lehmige Wasser. Er kann sich nicht vorstellen, hier irgendwann wieder zu schwimmen.

Aufräumarbeiten sollen 15 Jahre dauern

"Ich weiß nur, dass Samarco mit den Aufräumarbeiten am Fluss bereits begonnen hat. Das soll rund 15 Jahre dauern," sagt Airton bedächtig. Die Säuberung betreffe das gesamte Flusstal. Wo eine Säuberung nicht mehr möglich sei, müsse Samarco zur Kompensation Land von der Regierung kaufen. Airton ist skeptisch: "Sofern die Firma Wort hält. Samarco hat zugesagt, auf 40.000 Hektar Land die Natur wieder herzustellen."

Ungerechnet fünf Milliarden Euro wird Samarco in einen Fonds zahlen, um die Schäden zu beheben. Der Dammbuch gilt als größte Umweltkatastrophe Brasiliens. Das meiste Geld wird die Behebung der ökologischen Schäden verschlingen. Für Airton kann es keine Wiedergutmachung

geben: "Das, was wir hier verloren haben, hat keinen Preis. Egal, wie viel Entschädigung du bekommst, es wird nie mehr so sein wie früher. Es ist nie genug, um den Fehler wieder gut zu machen, den sie begangen haben."

Dieser Beitrag ist Teil des diesjährigen Themenschwerpunkts "Fokus Menschenrechte" von poonal. In Kürze gibt es dazu auch einen Radiobeitrag.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/mine-nung-lueck-nach-einem-halben-jahr-kaempfen-betroffene-weiter-um-entschaedigung/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188,
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internet/uika0139.html>

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Vorschau auf ausgewählte Profikämpfe der kommenden Wochen

- 11. Juni: Roman Martinez gegen Wassyl Lomatschenko
- 11. Juni: Ruslan Prowodnikow gegen John Molina
- 25. Juni: Anthony Joshua gegen Dominic Breazeale
- 25. Juni: Keith Thurman gegen Shawn Porter
- 9. Juli: Tyson Fury gegen Wladimir Klitschko
- 11. Juli: Sergej Kowaljow gegen Isaac Chilemba
- 16. Juli: Arthur Abraham gegen Tim-Robin Lihaug
- 23. Juli: Terence Crawford gegen Wiktor Postol

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm1968.html>

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Aus der Not die Tugend?*Tony Bellew wünscht sich David Haye*

(SB) - Der britische Schwergewichtler Dillian Whyte würde gern mit seinem Landsmann David Haye in den Ring steigen. Wie der 28jährige meint, sei sein sieben Jahre älterer potentieller Kontrahent infolge des Muskelaufbaus erheblich langsamer geworden und nicht mehr derselbe Boxer wie auf dem Höhepunkt seiner Karriere, der nun schon geraume Zeit zurückliegt. Der frühere WBA-Weltmeister, für den 28 Siege und zwei Niederlagen zu Buche stehen, hat zwischen 2012 und 2016 fast vier Jahre lang aus verschiedenen Gründen pausiert. Seit seinem Comeback hat er mit Mark de Mori und Arnold Gjergjaj zwei krasse Außenseiter binnen weniger Runden demontiert. Im Herbst trifft Haye aller Voraussicht nach auf den 44jährigen Shannon Briggs, der von ganz anderem Format ist. Sollte sich der Brite dennoch durchsetzen, könnte der neue WBC-Champion im Cruisergewicht, Tony Bellew, einer seiner nächsten Gegner sein. Grundsätzlich legt er es offenbar darauf an, so lange mit nicht allzu anspruchsvollen Aufgaben seine Kreise zu ziehen, bis es zum erhofften hochdotierten Kampf gegen den IBF-Weltmeister Anthony Joshua kommt.

Die Einschätzung Dillian Whytes, Haye erinnere ihn inzwischen an einen Bodybuilder, ist nicht aus der Luft gegriffen. Zum einen läßt der ehemalige Weltmeister die Schnelligkeit vermissen, die früher eines seiner Markenzeichen war. Zum anderen schien ihm bei seinem letzten Auftritt bereits nach einer flotten ersten Runde die Luft auszugehen, was vermuten läßt, daß ihm sein mehr oder minder gezielt herbeigeführter Gewichtszuwachs nicht gutgetan hat. Daß er Gjergjaj im zweiten

Durchgang auf die Bretter schickte, ersparte ihm den Gang über eine längere Distanz, der möglicherweise schlecht für ihn ausgegangen wäre. Ob es nun am höheren Gewicht, der langen Unterbrechung seiner Karriere, einem einsetzenden Alterungsprozeß oder an allem zusammen lag, sei dahingestellt.

Letztlich hat er kaum eine andere Wahl, als körperlich zuzulegen, da er als ehemaliger Cruisergewichtler seit jeher eher zu leicht für die Königsklasse war. Dieses Mißverhältnis hat sich unterdessen weiter verschärft, da mit Deontay Wilder, Luis Ortiz, Anthony Joshua und Tyson Fury die führenden Akteure nicht nur wesentlich größer, sondern auch erheblich schwerer als David Haye sind. Früher waren die Klitschkos, von der Episode des Russen Nikolai Walujew abgesehen, die einzigen Riesen im Weltmeisterrang, während dies heute fast schon zum Standard geworden ist. Will sich Haye nicht von solchen Kalibern herumschubsen lassen, müßte er gewaltig zulegen, was sich wiederum nicht mit den dynamischen Qualitäten verträgt, die er früher ins Feld führen konnte.

Da der beim britischen Publikum außerordentlich populäre Anthony Joshua und dessen Promoter Eddie Hearn am längeren Hebel sitzen, was die Auswahl der Herausforderer betrifft, bleibt Haye nichts anderes übrig als abzuwarten, ob ihm das große Los am Ende doch in den Schoß fällt. Unterdessen wäre Tony Bellew insofern eine realistische Option, als dieser sich inzwischen bereiterklärt hat, im Schwergewicht gegen ihn anzutreten. Selbst wenn der Cruisergewichtler zu diesem Zweck kräftig Gewicht machen würde, wäre er

Haye doch allein schon von seinen physischen Voraussetzungen her unterlegen, von den boxerischen Fertigkeiten ganz abgesehen. [1]

Daß Bellew diesen Schritt dennoch ins Auge faßt, ist nachvollziehbar, wenn man die Alternativen in seiner angestammten Gewichtsklasse Revue passieren läßt. Würde er seinen frischgewonnenen Titel verteidigen, träte er voraussichtlich auf den ehemaligen Champion Grigorij Drosd oder auf den Pflichtherausforderer Mairis Briedis. Denkbar wäre auch ein Vereinigungskampf gegen Denis Lebedew, der jüngst die Gürtel der Verbände WBA und IBF zusammengeführt hat. Unmittelbar nach seinem Titelgewinn gegen Ilunga Makabu in Liverpool am vergangenen Wochenende forderte Bellew den Russen auf, in England gegen ihn anzutreten, was jedoch kaum zu realisieren wäre. Lebedew ist nicht nur der namhaftere Weltmeister, sondern kann auch vor heimischem Publikum in Moskau mit einem ausverkauften Haus rechnen. Sich Bellew vor dessen Fans zu stellen, dürfte keine attraktive Option für ihn sein. Davon abgesehen hätte der Brite nur geringe Chancen, aus diesem Kampf als Sieger hervorzugehen.

Alle denkbaren Auftritte im Cruisergewicht wären für Tony Bellew nicht nur riskant, sondern vor allem auch wesentlich weniger lukrativ als ein Duell mit David Haye, das in England auf großes Publikumsinteresse stoßen dürfte. Natürlich könnte Eddie Hearn auf die Idee kommen, einen Kampf zwischen Anthony Joshua und Bellew auf die Beine zu stellen, in dem der IBF-Weltmeister im Schwergewicht haushoher Favorit wäre. Da Joshua jedoch kürzlich

einen Vertrag mit dem Sender Showtime abgeschlossen hat und sich offenbar dem US-amerikanischen Publikum empfehlen möchte, wäre eine Titelverteidigung gegen den britischen Cruisergewichtler im derzeitigen Stadium seiner Karriere kontraproduktiv. Unter dem Strich zeichnet sich daher ein Kampf zwischen David Haye und Tony Bellew, der noch vor Ende des Jahres über die Bühne gehen könnte, als naheliegende Möglichkeit an. [2]

Anmerkungen:

[1] <http://www.boxingnews24.com/2016/06/dillian-whyte-wants-david-haye-fight/#more-211169>

[2] <http://www.boxingnews24.com/2016/05/tony-bellew-willing-face-haye-heavyweight/#more-211116>

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm1969.html>

Hinweis: REZENSION

Im Land der Verzweiflung

Ein Israeli reist in die besetzten Gebiete

von Nir Baram

Nir Baram

Im Land der Verzweiflung

Ein Israeli reist in die besetzten Gebiete

(Übersetzt aus dem Hebräischen von Markus Lemke)

Hanser Verlag, München, 2016

317 Seiten

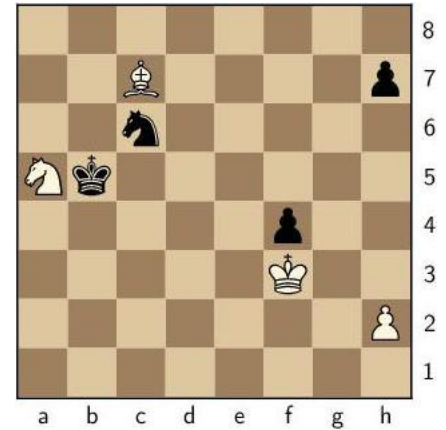
ISBN: 978-3-446-25046-8

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar657.html>

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Getrübter Endspielblick

(SB) - Von Großmeistern wird eigentlich erwartet, daß sie in allen Phasen der Partie die Übersicht behalten. Man gesteht ihnen allenfalls zu, daß sie zu Beginn in der Eröffnung auf vorbereitete Fallen und Neuerungen hereinfallen können. Das Zeitlimit erlaubt es ihnen in der Regel nicht, in einer verbesserten Eröffnungsvariante allzu lange nachzudenken. Ausnahmen hat es selbstredend immer wieder gegeben. So ist von Sämisch bekannt, daß er nur deswegen und fast regelmäßig in Zeitnot zu geraten pflegte, weil er kaum einen Zug in der Eröffnungsphase ausführte, von dessen stellungsverbriefteter Exaktheit er nicht überzeugt war. Kenner der Endspielmaterie muß jedoch jeder Großmeister sein, ansonsten wäre er seinen Titel nicht wert. Und doch kommt es auch auf höchster Ebene zu haarsträubenden Fehlentscheidungen, ohne daß das Pardon einer Zeitnot angefügt werden könnte, wie beispielsweise in der Partie zwischen Anatoli Karpow und Lew Polugajewski aus dem Interpolis-Turnier in Tilburg 1983. Die Endspielstellung im heutigen Rätsel der Sphinx ist tot, remis, chancenlos für einen Sieg. Weiß besitzt nur einen minimalen Vorteil, der allerdings nie und nimmer zu verwerten ist. Die Kenntnis des Remisweges sollte von Polugajewsky, der die schwarzen Figuren führte, eigentlich angenommen werden dürfen. Statt dessen beging er jedoch einen schweren Fehler, als er sich nun zu 1...Sc6xa5? 2.Lc7xa5 Kb5xa5 3.Kf3xf4 Ka5-b5 4.Kf4-g5 Kb5-c5 5.Kg5-h6 verleiten ließ. An dieser Stelle gab er auf, weil er um das entscheidende Tempo zu spät gekommen wäre, um den weißen Freibauern aufzuhalten. Also, Wanderer, Endspielmeister müssen Zählmeister sein, oder wie würdest du das Remis sicherstellen?



Karpow - Polugajewski
Tilburg 1983

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Mit ruhiger Beamtenmiene zog Max Euwe 1...Lb7-f3! Gut gedacht, denn der Läufer war nicht zu nehmen wegen 2.g2xf3 Dh4xh3 3.f3-f4 Ld6xb4 4.De1xb4 Dh4-g4+ nebst 5...Dg4xd1. Keres spielte daher 2.Sb4xa6, wissend, daß er nach 2.Sb4-d3 f7-f5 nebst 3...Tf8-f6 glatt verlieren würde. Aber auch der Bauernraub nützte nichts. Euwe zog 2...f7-f5 3.Lc1-a3 Ld6xa3 4.Ta1xa3 Lf3xd1 und verwertete seinen Materialvorteil im 61. Zug.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph05855.html>

Weitere Schach-Sphinx:

SCHACH-SPHINX/01672:
Zuviel Heiligkeit schadet (SB)
bis

SCHACH-SPHINX/05854:
Unehrenhaftigkeit als Leitmotiv (SB)

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

POLITIK - REDAKTION	Armenien-Resolution zur deutschen Mitschuld	Seite 1
POLITIK - AUSLAND	Dominikanische Republik - Präsident Danilo Medina wiedergewählt (poonal)	Seite 4
UMWELT - INTERNATIONALES	Minenunglück in Brasilien - Noch immer kämpfen Betroffene um Entschädigung (poonal)	Seite 6
SPORT - BOXEN	Aus der Not die Tugend?	Seite 7
SCHACH-SPHINX	Getrübter Endspielblick	Seite 8
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 3. Juni 2016	Seite 10

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 3. Juni 2016

+++ Vorhersage für den 03.06.2016 bis zum 04.06.2016 +++



© 2016 by Schattenblick

Wolkensonnenschein und drückend,
Sumpfbambiente um den Teich,
Jean-Luc findet das entzückend,
Regen wär sein Himmelreich.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.